

Ercheint täglich
mittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 60 P., 1/2 jährlich 1.50 M.
vierteljährlich 3.50 M. Durch
die Post bezogen 1.65 M.

„Die Neue Welt“
(Anhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 P., vierteljährlich 30 P.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeit,
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047

Redaktion und Expedition: Geißestraße 21, erster Hof pastenze rechts.

Telegraphen-Adresse: Volkshaus Halle.

Telephon-Nr. 1047

Nr. 234

Halle a. S., Donnerstag den 7. Oktober 1897.

8. Jahrg

Die Typhusende in Oberschlesien.

Aus Weußen i. O. kommen immer ungünstigere Nachrichten. Alle Versuche, die Typhusepidemie für den ober-schlesischen Industriebezirk abzutreiben zu wollen, werden durch die Nachrichten über die fortwährende Ausbreitung der Krank-heit wiederlegt.

In Weußen selbst mit seinen 1238 Wohnplätzen hat die Seuche im Durchschnitt schon jedes Haus heimgesucht. Denn die Gesamtzahl der Erkrankungen betrug bis Mitte Sep-tember schon 1445 mit 62 Todesfällen. In der Zeit vom 11. bis 17. September lagen in Weußen allein 136 Per-sonen an Typhus darnieder. Allein am 16. September, nachdem der Magistrat von Weußen die bisherige Wasser-leitung schon gesperrt hatte, wurden 32 Neuerkrankungen gemeldet. An ein Zurückgehen der Seuche in Weußen ist also bei den dortigen Wohnungsverhältnissen vorläufig nicht zu denken. Wohl aber schreitet die Krankheit in den Nach-bargegenden Weußens fort. Zunächst wurden die Nachbar-orie mit ihrer starken Arbeiterbevölkerung ergriffen, so Birtenhain und Schwarzb., deren Bewohner an dem Streit in der Jannysgrube beteiligt waren. Ganz besonders günstigen Boden findet die Seuche in den vielen Schlafhäusern des Industriebezirks, deren januariäre Verhältnisse sie oft geradezu zu Brutstätten der Seuche machen. In „Eintracht“ wie in „Friedenshütte“ waren es jedesmal die Schlafhäuser der Arbeiter, in denen der Typhus ausgebrochen ist. Aber auch schon in fernere Gegenden ist die Seuche gedrungen, was aus den Erkrankungen in Königsgrube und in Gleiwitz hervorgeht.

Kurz, es ist nicht zu zweifeln, daß die Typhusepidemie in Oberschlesien einen Umfang angenommen hat, der der Auf-merksamkeit der Behörden in dringendem Maße bedarf. Es ist auch seitens der Regierung in Oprelln sofort ein-gegriffen und im Einverständnisse mit dem Weußener Magi-strat die bisherige Trinkwasserleitung gesperrt worden. Aber man täusche sich über die Wirksamkeit dieser Maßregel nicht: Wasser allein ist nicht an den zahlreichen Typhuserkrankungen schuld. Der Grund liegt tiefer. Die ober-schlesische Arbeiter-bevölkerung ist nicht mehr im Stande, sich eine ausreichende Ernährung zu verschaffen. Die Sperre der deutschen Grenze vor russischen Schlachtlern, der daran sich schließende Fleisch-mangel, die Lenierung der Fleischpreise führten jene Notlage der Bevölkerung herbei, die sie für das Eindringen des Typhus gewissermaßen präparierte.

Es ist von den Fabrikanten selbst zugegeben und in einer Eingabe des ober-schlesischen Berg- und Hüttenvereins aus-drücklich dargelegt, daß in Oberschlesien die infolge einer Grenzsperrre eintretende Verknappung in den Preisen für Schweinefleisch, Schmalz und Speck alsbald auch eine ent-sprechende Preissteigerung für alle übrigen Nahrungsmittel zur Folge habe, und daß die sehr bedeutende Verknappung der Lebensmittel von der ober-schlesischen Arbeiterbevölkerung ohne erhebliche Beeinträchtigung ihrer Arbeits-kraft und Gesundheit unmöglich getragen werden könnte.

Also das Unternehmertum hat die Regierung schon vor Monaten auf die gesundheitsnachteiligen Folgen aufmerksam gemacht, die eine Schweineperre notwendig im Gefolge haben müsse. Aber die im agrarischen Interesse erlassenen Verordnungen nimmt man nicht so rasch wieder zurück. Man hörte nicht auf die Warnungen seitens der Unternehmer, man berücksichtigt nicht die Stimmung der Arbeiter. Die Streik-bewegung, die zur Zeit unter der ober-schlesischen Industrie-bevölkerung herrscht, ist ein deutliches Symptom für die be-drohliche soziale Lage derselben. Gerade in Weußen und nächster Umgebung gährt und brodelt es schon seit Monaten. Kaum ist ein Aufstand niedergelauert, da bricht an einer anderen Stelle ein neuer los. Und solche Wähnung macht sich unter einer bisher so geduldsigen, leutsamen und sparsamen Arbeitererschaft mit elementarem Gemut als Reaktion auf die verzweifelte Notlage des Augenblicks geltend. Im Gland, ausgeführt des drohenden Typhusgepölnisses, greifen die Arbeiter zu einem letzten Hilfsmittel, zum Streik, um wenigstens ihre Löhne bei der zunehmenden Verknappung der Lebensmittel etwas in Einklang mit den Preisen zu bringen. Aber das patriarchalische Regiment hat auf diese Bewegungen keine andere Antwort als Maßregelung und endgiltige Ent-lassung.

So bleibt den Arbeitern nichts übrig, als den Typhus ungerührt und widerstandslos auf sich herantommen zu lassen. Regierung und Unternehmertum thun nichts, um die Epidemie erfolgreich zu bekämpfen! Alle Maßregeln, wie Beschaffung besserer Trinkwassers, Abkperung der Kanäle, Schließung der Schulen nichts, wenn damit nicht eine Verknappung der augenblicklichen Lenierung Hand in Hand geht, wenn in diesem Falle nicht durch sofortige Aufhebung der Sperremaßnahmen die Versorgung Oberschlesiens mit billigen Nahrungsmitteln ermöglicht wird.

Es kann kein Zweifel sein, daß vor allem der Hunger ge-füllt sein muß. Und Hunger herrscht zur Zeit in Ober-schlesien. Die Preise für alle Lebensmittel steigen rapid und geradezu unerhört ist die Fleischnot. Zum Teil können die Viehmärkte in Weußen zur Zeit gar nicht abgehalten werden, weil kein Antriebe von Schlachtlern vor-handen ist. Und wenn einmal Viehmarkt ist, dann fehlen sicher die Schweine; so z. B. auf dem Schlach- und Frei-viehmarkt in Weußen vom 16. September, wo ganze 26 Rinder, 9 Kälber und 40 Schöpfe, aber nicht ein Schwein, zum Verkaufe standen.

Aber solchen Unfällen gegenüber verhält die Regierung ihr Haupt. Die Agrarier haben es erreicht, daß ihre Inter-essen um jeden Preis in erster Linie berücksichtigt werden, mögen dabei für die übrige Bevölkerung die nachteiligsten Folgen entstehen. Sie haben die Sperremaßnahmen gewollt, der Landwirtschaftsminister wie der Reichstanzler haben dem Drängen der Herren Börs- und Konjunktur nachgegeben und die Folge ist zum mindesten die Hartnäckigkeit der Typhus-epidemie in Oberschlesien.

Ueber die . . . Seiflächelholzer erläßt man aus-schließliche amtliche Befehle, und über das notwendige Ver-halten, über die Lebensmittel, über die beste Art der Vor-beugung der Weußen-Seuche gegenüber erfährt das Volk nichts.

Der Hunger muß in erster Linie gestillt werden! Und dazu ist die sofortige Aufhebung der Schweineperre notwendig!

Sozialdemokratischer Parteitag in Hamburg.

Hamburg, 5. Oktober 1897.

2. Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Nach Verlesung der eingegangenen Begrüßungen führt die weitere Debatte über die vorliegenden Anträge zu einem ziemlich heftigen Kampf zwischen Hilfer-Berlin, der das Verhalten der Bornarvis-Versammlung verurteilt, und A. Hoffmann-Berlin, dem früher vorgeworfen hatte, Schundliteratur zu schreiben. Die Abstimmung ergibt: Antrag 25 erledigt, durch die Erklärung, daß das Inhaltsverzeichnis der neuen Welt auf Verlangen gratis ge-geben wird, 26, 27 angenommen, 28 abgelehnt, 29 abgelehnt, 30 abgelehnt, 76 abgelehnt, 81 abgelehnt, 83 angenommen, 84 abgelehnt, 85 abgelehnt, 83 angenommen.

Der Parteitag wird für die Geschäftsführung Decharge er-teilt. Damit sind die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung erledigt.

Nachmittags-Sitzung.

3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Schippel befragt sich als Berichterstatter auf kurze Dar-legung der von der Fraktion ausgegangenen Anträge und Inter-ventionen, die sich ausnahmslos von den übrigen Parteien abgehört worden sind, bis, so vorzulesen wurden, daß ihr Wert nur ein sehr geringer blieb. Mehrere Anträge sind überhaupt nicht zur Beratung gelangt.

Es liegen zu diesem Punkte folgende Anträge vor.

Antrag 55 (Kreuz). Einmal (Kreuz). Die Fraktion soll im Reichstags-Beschluss die Bemerkung über die ungeschickliche Handhabung des § 152 der Gewerbe-Ordnung.

Antrag 56 (Wald). Die Regierung soll im Reichstags inter-ventionell werden über die Handhabung des § 152 der Gewerbe-Ordnung durch Polizei-Justiz.

Antrag 57 (Brauerei). In die Etats des Reiches und der Bundesstaaten sind Fonds einzusetzen zur Unterstützung von Personen, die durch Naturereignisse geschädigt worden sind.

Antrag 58 (Dresden). Es sollen weibliche Fabrikmeisterinnen angestellt und auch alle kleinen Betriebe revidiert werden.

Antrag 71 (Berlin IV). Die Reichstagsfraktion soll die Wieder-einführung der dreijährigen Weislauteperiode beantragen.

Antrag 88 (Blume und Genossen). Die Fraktion soll auf baldige Abänderung der Seemannsordnung hinwirken.

Antrag 92 (Spach). Die Fraktion soll im Reichstags beantragen, daß die Ausübung des Gewerbetriebs durch Vereinbarungen für ungültig erklärt werde, und daß die Gewerbetreibenden ver-pflichtet sein sollen, bei jedem größeren Streik behufs Anbahnung eines Vergleichs mit beiden Parteien in Unterhandlung zu treten.

In reger Debatte werden die eingetragenen Anträge begründet. Hilfer-Altenburg erhebt die Motion, dahin zu streben, daß der unrichtigen Auslegung des Gesetzes über die Sonntag's-ruhe im Müllergewerbe ein Ende gemacht wird, wonach die Saale, die in ihrem Oberlaufe als kleines Flößchen von der Altenburger Wechde für eine regelmäßige Schifffahrt be-dient worden ist, so daß den vorigen Müllern die Sonntag'sarbeit ver-bieten ist, im Reg.-Ba. Wechde, wo sie schon schiffbar ist, sie für ein unregelmäßig fließendes Wasser erklärt werden ist, so daß die große Hölzberger Wechde bei Halle an 28 Sonntagen arbeiten lassen dürfte, was den kleinen Konturen den Vorzug der Wechde über die Sonntag'sarbeit be-zuglich gemindert, aber selbst die Wechde beim Ministerium hat nichts gemitt.

Auer teilt mit, daß ein Arbeiter Verhaftet in eine süd-westdeutsche Fabrik als Wechde geschickt worden ist, was die dortigen Arbeiter zu überaus. (Zurück) Da es nicht möglich ist, daß diese Wechde auch in anderen Fabriken getroffen werden ist, so müssen die Arbeiter im weitesten Kreise auf die neue Gefahr aufmerksam gemacht werden, die ihnen droht. (Auer) Halle befragt über die Abänderung des Art. 65 und 66, der in Bezug auf die Wechde in einer Verlesung be-handelt hat, die Staatskommission hat handhabt den § 152 der Gew.-Ordnung ungeschicklich.

Die Anträge werden sämtlich der Fraktion zur Beschäftigung überwiehen.

Infektionsgefahr
betragt für die Sozialdemo-
kratische Partei oder deren Raum
10 P. für Wohnungs-
besitzer und Verleumdungs-
angelegen 10 P.
Für reaktionellen Teile
sollet die Seite 60 P.

Quotient für die jährige
Nummer müssen mindestens 100
Vormittags 1/2 Uhr in der
Expedition abgegeben sein
Eingetragen in die Weuß-
en-Zeitung unter Nr. 7088.

4. Die bevorstehenden Reichstagswahlen.
Webe! Die nächsten Reichstagswahlen werden von noch größerer Wichtigkeit sein, als alle ihre Vorgänger. Das neue Militär-gesetz geht in zwei Jahren zu Ende. Es ist nicht nachzusehen, daß die Regierung jetzt noch einen Konflikt herbeiführt, der bei den nächsten Wahlen der Opposition zu gute kommen würde. Wir haben daher im Frühjahr die Neuwahlen zu erwarten. Die Gegner erziehen die Bevölkerung des jetzigen Wahlrechts. In ihren Kreisen ist über die Ziellosigkeit der Regierung so viel Un-zuträglichkeit und Hoffnungslosigkeit aufgewacht, daß wir schon hieraus auf eine außerordentlich benevole Wahl schließen können. Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Mit einer Freiheit sondergleichen appellieren die Freunde des Volkes an den Staatsrecht. Ihren Erklärungen jetzt, sie seien verfassungstreu, ist kein Glauben zu schenken. Sie fürchten bloß den Abfall der Regierung, wenn sie offen ihre Gedanken verzetzen. Unser gegenwärtiges Auftreten ist es, was den Gegnern am meisten Unruhe und Unbehagen einflößt. Und befähigt das Wahndm-treibet sie dazu, uns zu provozieren, damit sie Anlaß haben, uns mit Gewalt zu unterdrücken.

Tagesgeschichte.

Der alte und der neue Reichstag. Nach einer offiziellen Notiz soll sich die Regierung in Sachen der Flotten-frage damit begnügen wollen, für diesmal das zu fordern, was man irgend bekommen kann und an den neu-gewählten Reichstag dann von neuem mit einem Plan heranzutreten, aus dem klipp und klar erhellt, was im Interesse der Wech-selbarkeit des deutschen Vaterlandes zur See unbedingt notwendig ist.

Es ist also Sache des deutschen Volkes, einen Reichstag zu wählen, der den Wasser-Militarismus energisch entgegentritt. Denn das ist im Interesse von Handel und Wandel, im Interesse der Steuerzahler unbedingt nötig.

Der sparsame Eisenbahnminister. Die Dresdener Eisenbahnfraktion hat jetzt offiziös bekannt gegeben, daß dem Vorstau bei Breslau verlegten Beamten eine „Ent-schädigung“ für den erheblichen Ausfall an Wohnungsgel-d-zufließung zugestimmt werden sei. Wie die Eisenbahnverwalt-ung nun das, was sie einer Kategorie von Beamten zum Zwecke der Verleistung einer offensiblen Ungerechtigkeit zu-wendet, anderen Angehörigen wieder nimmt, zeigt sich daran, daß den Weichenstellern in Wöhrden bei Breslau dieser Tage die Werbung zuging, daß ihre Stellenzulage vom 1. Oktober ab von 100 Bk. auf 80 Bk. auf 60 Bk. pro Jahr herabgesetzt werde. Die opehien so schlecht besoldeten Weichensteller, die einen schweren, ganz besonders verant-wortlichen, Tag und Nacht während den Dienst haben, drückt man also noch weiter in ihrer jämmerlichen Besoldung herab! Wenn sich diese Leute nun in Zukunft noch schlech-ter ernähren müssen wie bisher, dann kann es wohl ge-sehen, daß diesen und jenem einmal die Kräfte verziehen,

